

ANTRAG

VORL.NR. 103/10

Antragsteller:
Bündnis 90/Die Grünen

Datum:
01.03.2010

Antrag: Beteiligung am Protest gegen die Kürzung von Lehrerstunden bei "Alterlass"-
Ganztagesschulen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.02.2010

Bezug:
Anlagen:

Antragstext:

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass sich die Stadt Ludwigsburg, Verwaltung und Gemeinderat, bei den Protestaktionen gegen die Kürzung der Lehrerstunden bei sog. „Alterlass“- Ganztagsschulen beteiligt und sich damit direkt an das Kultusministerium wendet.

Begründung:

Das Kultusministerium beabsichtigt, die Zuweisung von Lehrerstunden bei sog. Alterlass-Ganztagsschulen deutlich zu reduzieren. In Ludwigsburg sind davon die Hauptschulen Oststadt, Hirschberg, Uhlandschule und die Eichendorff-Grundschule betroffen. Mit dieser Reduktion ist ein über das jetzige Schuljahr hinausgehender Ganztagesbetrieb zumindest in Frage gestellt, da die Kommune kaum den Ausgleich dafür übernehmen wird.

Die Ganztagesangebote an Schulen sind notwendig und hilfreich. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass damit Kinder besser betreut und gefördert werden können. Ein Land, das „Bildung offensiv“ befördern will und von einem „Kinderland“ gesprochen wird, kann sich diesen Rückschritt nicht erlauben. Ein weiteres Abwälzen von Kosten auf die Kommune ist nicht hinnehmbar.

Verwaltung und Gemeinderat sind deshalb aufgefordert mit einer Protestnote gegenüber der Landesregierung ein Zeichen zu setzen und auf eine Rücknahme zu pochen.

Städtetag und 6 Städte des Landkreises Esslingen (s.Anl.) sind bereits aktiv geworden. Wir halten es für nötig, dass sich viele Kommunen an diesen Protesten beteiligen und somit auch Ludwigsburg eine eigene Resolution dazu abgibt.

Unterschriften:

Anita Klett-Heuchert

Verteiler:

Beteiligung am Protest gegen die Kürzung von Lehrerstunden bei "Alterlass"-Ganztagesschulen

DI, DII, DIII, 48 (f), 20, BüroOBM, GSGR

Federführung:

FB Bildung, Familie, Sport

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart
Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales	17.03.2010	ÖFFENTLICH